

Wasserknappheit als Gefährdung der internationalen Sicherheitsordnung

Abschaffung des Souveränitätsprinzips durch eine multilaterale Nutzungsordnung von Wasserläufen

**Analysegegenstand: Ordnung des internationalen Sicherheitsraums (alternativ ebenfalls möglich:
Ordnung von Raum und Ressourcen)**

Ist eine Durchbrechung des klassischen Souveränitätsprinzips im Bereich des Wassermanagements notwendig, um die internationale Sicherheitsordnung zu gewährleisten?

Ausgangslage der Analyse

Die kanadische Expertin für Wasserrecht MAUDE BARLOW ist eine von vielen Stimmen, die betonen, dass die Ressource Wasser aufgrund der steigenden Weltbevölkerung und dem gesteigerten Konsum weltweit knapp wird und entsprechend die Sicherheitsordnung gefährdet ist.¹ In diesem Referat soll aufgezeigt werden, wie diese Bedrohung innerhalb der völkerrechtlichen Strukturen – Institutionen und Regelwerke – bewältigt werden kann. Dabei wird das Prinzip der Souveränität der Staaten in Bezug auf die natürlichen Ressourcen innerhalb ihres Territoriums hinterfragt. Es wird aufgezeigt, dass im Rahmen des Umweltvölkerrechts bereits eine Ordnung der „Shared Ressources“ existiert, die eine Basis darstellt, um die aktuellen Bedrohungen zu minimieren. Das Umweltvölkerrecht als Ergänzung zum humanitären Völkerrecht soll die Ordnung des internationalen Sicherheitsraums gewährleisten. Ich werde analysieren, wie das Prinzip der „Shared Ressources“ ein Instrument zur

Überwindung des unangemessenen Konzepts der Souveränität darstellt. Die Staaten bestehen auf ihre Souveränität und verhindern damit eine Abkehr von diesem Konzept, welches in Bezug auf Wasser, die Grundlage für die Störung der internationalen Sicherheitsordnung darstellt.

Das Umweltvölkerrecht stützt sich auf das Prinzip der „Equitable and Reasonable Utilization“ (ausgewogene Mitbenutzung grenzübergreifender Ressourcen) sowie auf die „No-harm rule“ (Verbot von grenzüberschreitendem Schaden).² Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat im Fall *Gabikovo-Nagymaros*³ festgehalten, dass diese allgemeinen Grundsätze für alle Staaten verbindlich sind. Damit wurde das Prinzip der „Shared Ressources“ (Prinzip der geteilten Rohstoffe)⁴ im Bereich der Ressourcenordnung eingeführt. Diese Beschränkung der Souveränität dient als Grundlage, um im Bereich des grenzüberschreitenden Wassermanagements eine nachhaltige Sicherheitsordnung zu schaffen.

¹ MAUDE BARLOW, *Blaue Zukunft, Das Recht auf Wasser und wie wir es schützen können*, München 2014.

² Siehe z.B. Art. 5 und Art. 7 der Convention on the Law of the Non-navigational Uses of International Watercourses 1997, Doc. A/51/869.

³ IGH, Ungarn vs. Slowakei Urteil vom 25.09.1997, Nr. 92.

⁴ Das Prinzip der „Shared Ressources“ wurde 1979 erstmals in eine Resolution der UN Generalversammlung aufgenommen, GA Res. 34/186, 1979.

Wasserläufe, Seen und Grundwasser, die durch mehrere Staaten genutzt werden, sind oft Ursache von Konflikten. In diesem Kontext kann Wasser auch als Waffe eingesetzt werden, etwa indem gezielt Flutwellen ausgelöst, Verunreinigungen vorgenommen oder Wasser als Ressource entzogen wird. So eröffnet ein Staudamm die Möglichkeit, die Abflussmenge gezielt zu manipulieren. Wasser als Waffe ist keine Problematik der Neuzeit. Neben der Möglichkeit, durch die Verunreinigung von Wasservorkommen einen Feind zu schwächen, war auch der Missbrauch von Staudämmen eine gängige militärische Strategie. Historische Beispiele, wie die Operation Chastise⁵, bezeugen, dass Wasser als Waffe schon seit jeher eingesetzt wurde.

Aus diesem Grund erfasst das humanitäre Völkerrecht solche Bauwerke als wichtige militärische Ziele.⁶ Mit einer zunehmenden Verknappung der Ressource Wasser durch erhöhten Konsum einer wachsenden Weltbevölkerung verschärft sich diese Problematik.

Flutwellen und Verunreinigungen als Waffe?

Eine sorgfältige Auslegung von Art. 35 des Ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen (I. ZP)⁷ zeigt, dass die Flutwelle als Waffe verboten ist, weil sie unnötiges Leid verursacht, sowie die natürliche Umwelt aus-

⁵ In der Operation Chastise im zweiten Weltkrieg wurde durch die Bombardierung der Möhnetalsperre in Deutschland eine tödliche Flutwelle ausgelöst.

⁶ Beispiele dafür sind vielfältig, so ist im Irak die Frage zentral, wer den Mosul-Staudamm kontrolliert; in der Türkei spricht die Regierung von einem Sicherheitswall in Bezug auf ein Staudammprojekt, das 11 kleinere Staudämme umfasst, welche als militärische Objekte ausgewiesen werden.

⁷ Zusatzprotokoll zu den Genfer Konvention vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte, Stand 08.06.1977, Doc. I-17513.

dehnt, langanhaltend und schwer schädigt. Ferner sind Flutwellen auch unter dem Titel von Art. 48 I. ZP untersagt, da keine Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Zielen vorgenommen werden kann. Damit liefert das humanitäre Völkerrecht m.E. ein genügend klares Regelwerk um Flutwellen als Waffe zu verbieten. Dieselbe Argumentation – schweres Leid, langanhaltender Schaden der Umwelt und fehlende Unterscheidungsfähigkeit – verbietet auch den Einsatz einer gezielten Verunreinigung von Wasservorkommen.

Wasserknappheit als Waffe?

Es stellt keine Waffe im konventionellen Sinne dar, den Zugang zu Wasser zu erschweren oder zu verunmöglichen. Gleichzeitig ist klar, dass die Verknappung eine Methode sein kann, um in einem bewaffneten Konflikt den Feind zu schwächen. Nach Art. 48 I. ZP könnte argumentiert werden, dass die fehlende Unterscheidungsfähigkeit auch in dieser Konstellation ein Verbot nach sich ziehen müsste. Allerdings stellt sich die Frage, ob das Zurückhalten von Wasser überhaupt eine kriegerische Handlung darstellt. Führt eine Handlung auf dem Territorium des Staates A zu einer Wasserverknappung in Staat B stellt dies keine m.E. kein Verstoß gegen das Gewaltverbot dar. Es bestünde damit keine kriegerische Auseinandersetzung, was eine Anwendung des *ius in bello* und des humanitären Völkerrechts verunmöglicht. Entsprechend müssen wir uns hier anderen völkerrechtlichen Strukturen bedienen, um die Ordnung des internationalen Sicherheitsraums herzustellen.

Das Souveränitätsprinzip als Hindernis

Im traditionellen Völkerrecht ist das Souveränitätsprinzip eines der fundamentalsten Prinzipien. Gerade aus einem postkolonialen Kontext heraus, lässt sich zeigen, dass das immer

noch vorherrschende Prinzip der Souveränität über natürliche Ressourcen problematisch ist. Entsprechend wird klassischerweise ein Wassermanagementprojekt als souveräner Staatsakt betrachtet. Es wird argumentiert, dass ein Staat alle Wasservorkommnisse auf seinem Territorium souverän abschöpfen und aufstauen kann. Dass dieser Vorgang aber gleichzeitig Auswirkungen auf die Ressource Wasser in einem anderen Staat haben kann, wird besonders am Beispiel von Wasserläufen deutlich. An internationalen Wasserläufen besteht ein natürliches Machtmissverhältnis zwischen dem „upstream State“ (Staaten an Oberläufen) und dem „downstream State“ (Staaten an Unterläufen). Dieses sorgt für ein starkes Konfliktpotenzial. Gezielte Bauten, die dem Wassermanagement dienen, können so die internationale Sicherheitsordnung gefährden.⁸ Beanspruchen mehrere Staaten natürliche Ressourcen kann dies zu Konflikten führen. Der Souveränitätsansatz allein führt in diesen Konstellationen nicht zu befriedigenden Lösungen und damit auch nicht zu internationaler Sicherheit.

Prinzip der „Shared Ressources“

In allen diesen Fällen geht es um die Nutzung von sogenannten „Shared Ressources“. Eine natürliche Ressource die im Einflussbereich mehrerer Staaten liegt, muss im Einverständnis aller beteiligten Staaten verwaltet werden. Folgt man der Argumentation des Umweltvölkerrechts, so liegen natürliche Ressourcen ausserhalb der Souveränität eines einzelnen Staates.

Aus der intergenerativen Gerechtigkeits-theorie stammt das Prinzip, nach welchem eine

Ressource so genutzt werden soll, dass sie auch den künftigen Generationen zur Verfügung stehen soll. Dieser Theorie folgend entstand im Umweltvölkerrecht das Prinzip der „Equitable and Reasonable Utilisation“, welches eine interstaatliche Gerechtigkeit bewirken soll. Durch dieses Prinzip wurde das klassische völkerrechtliche Prinzip der staatlichen Souveränität durchbrochen.

Anhand einer systematischen Auslegung der vorhandenen Regelungen und einer Analyse aktueller Beispiele möchte ich aufzeigen, dass eine konsequentere Durchsetzung des Umweltvölkerrechts Strukturen bietet, um die Problematik der Wasserknappheit und damit eine potentielle Gefährdung der internationalen Sicherheitsordnung, präventiv auffangen zu können.

⁸ Ein Beispiel dafür stellt der Ilius-Staudamm in der Türkei dar, der zu einer Wasserreduktion von bis zu 55% in den Nachbarstaaten (Syrien und Irak) führen kann. Auch zwischen China und Indien führt das Wassermanagement Chinas am Brahmaputra zu Spannungen.